

**Ausschuß für Wirtschaft,  
Mittelstand und Technologie**

## **Protokoll**

17. Sitzung (nicht öffentlich)

8. November 1991

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.30 Uhr bis 12.45 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Mernizka (SPD) (Stellvertreter)

Stenograph: Theberath

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

- 1 Aktuelle Viertelstunde: Mögliche Auswirkungen der geplanten Fusion Mannesmann/Boge AG und Fichtel & Sachs AG im Werk Eitorf (Sieg)**

1

Zu diesem von der F.D.P.-Fraktion beantragten Thema nimmt der Ausschuß die Stellungnahme des Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie entgegen.

**2 EntschlieÙung zur Erklärung des Jahres 1994 zum Jahr der Energie der Europäischen Gemeinschaft - Unterrichtung durch das Parlament -**

Bundesratsdrucksache 576/91

4

Die EntschlieÙung Bundesratsdrucksache 576/91 wird vom Ausschuß zustimmend zur Kenntnis genommen.

**3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1992 (Haushaltsgesetz 1992)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 11/2450

hier: Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

Vorlagen 11/778, 11/779 und 11/780

4

Der Ausschuß berät den Personalhaushalt sowie den Sach- und Investitionshaushalt des Einzelplans 08.

**Nächste Sitzung: 27. November 1991 - Antragssitzung zum Haushalt**

-----

Ausschuß für Wirtschaft,  
Mittelstand und Technologie  
17. Sitzung

08.11.1991  
the-sz

**2 Entschließung zur Erklärung des Jahres 1994 zum Jahr der Energie der Europäischen Gemeinschaft - Unterrichtung durch das Parlament -**

Bundesratsdrucksache 576/91

Siehe Beschlußprotokoll.

**3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1992  
(Haushaltsgesetz 1992)**

Der **Ausschuß** verständigt sich darauf, die Generaldebatte im Plenum zu führen und heute direkt mit den Beratungen der einzelnen Kapitel zu beginnen. (Anmerkung: In diesem Protokoll werden nur die Kapitel aufgeführt, zu denen das Wort ergriffen wird.)

**Minister Einert** macht darauf aufmerksam, daß durch die möglicherweise noch im Laufe der Haushaltsberatungen fallenden Entscheidungen im Kohlebereich Veränderungen in den Haushaltsansätzen erforderlich werden könnten; denn wenn in der letzten Kohlerunde der Bundeswirtschaftsminister sowie die beteiligten Minister Blüm und Töpfer und der durch seinen Staatssekretär vertretene Bundesfinanzminister ihre Bereitschaft erklärten, den Forderungen der beiden Kohleländer nach einer sozialen und regionalpolitischen Begleitung der Konsequenzen weitgehend zu entsprechen, dann beinhalte eine solche Fortsetzung zum Beispiel des alten Montanprogramms aus 1988 in dieser oder ähnlicher Form selbstverständlich auch die Bereitstellung komplementärer Landesmittel.

Da derartige Komplementärmittel des Landes nach seinen Vorstellungen nicht über eine zusätzliche Verschuldung des Landes erwirtschaftet werden könnten, sondern zu einem "Umsteuern" in bestehenden Ansätzen führen müßten, werde es gegebenenfalls zu entsprechenden haushaltsmäßigen Anpassungen kommen müssen.

Darüber hinaus setze auch die Entscheidung der EG-Kommission, die Mittel für die Ziel-2-Regionen im Rahmen des Europäischen Strukturfonds zu erhöhen, eine Erhö-

Ausschuß für Wirtschaft,  
Mittelstand und Technologie  
17. Sitzung

08.11.1991  
the-sz

hung der Komplementärmittel des Landes voraus. Da sich diese Entscheidung erst in den letzten Tagen ergeben habe, könne er noch keine Zahlen nennen; er weise nur der Redlichkeit halber darauf hin, daß das Land zu solchen Konsequenzen gezwungen sein werde.

**Abgeordneter von Unger (CDU)** erklärt sich mit den vom Minister vorgetragene Entscheidungen einverstanden; seine Frage, ob für die anstehenden Umschichtungen auch andere Einzelpläne in Anspruch genommen würden, bejaht der **Minister**.

Die Frage des **Abgeordneten Tschoeltsch (F.D.P.)**, in welchen Regionen diese zusätzlichen Mittel eingesetzt werden sollten, beantwortet **Minister Einert** mit dem Hinweis auf die Regierungserklärung. Er hoffe, daß sich die in der nächsten Woche zu treffenden Entscheidungen in einem hohen Maße im Raum Heinsberg - "Sophia-Jacoba" in Hückelhoven - darstellten.

Dann müsse die Ruhrkohle AG die Konsequenzen betriebswirtschaftlich umsetzen. Das müsse mit den Gewerkschaften abgesprochen werden und werde regionale Auswirkungen haben. Er gehe davon aus, daß es am Emscher-Lippe-Raum nicht spurlos vorbeigehen werde; das Hauptproblem werde sich im östlichen Ruhrgebiet zwischen Dortmund und Hamm abspielen.

In diesen Regionen, in denen es jeweils um mehrere tausend Arbeitsplätze in relativ kurzen Zeiträumen gehe, müsse "geklotzt und nicht gekleckert" werden.

#### **a) Personalhaushalt**

**Minister Einert** bittet die Fraktionen, sich für die Aufhebung der im vergangenen Jahr beschlossenen Sperrvermerke bei den geringfügigen Stellenerweiterungen im Bereich der Bergverwaltung - Stichwort: Umweltschutz - auszusprechen.

**b) Sach- und Investitionshaushalt****Kapitel 08 010 - Ministerium**

Nach den Vorteilen der in Titel 712 10 ausgewiesenen Datenverkabelung mit Lichtwellenleitern im Dienstgebäude Haroldstraße 4, Karltor 7/8 erkundigt sich **Abgeordneter Tschoeltsch (F.D.P.)**. - **Minister Einert** führt hierzu aus, auch die obersten Landesbehörden bemühten sich allmählich darum, die Vorzüge der Telekommunikation, die in der Industrie und in anderen Verwaltungsbereichen längst wahrgenommen würden, für sich zu nutzen. Die Staatskanzlei habe damit begonnen. Es gehe jetzt darum, die entstandenen Inseln miteinander zu vernetzen.

**Regierungsangestellter Buchow (MWMT)** beantwortet eine entsprechende Frage des Abgeordneten Skorzak (CDU) dahin gehend, daß es sich dabei aus Gründen der Kompatibilität um ein einheitliches System innerhalb der gesamten Landesregierung handele, das Zug um Zug realisiert werde.

**Abgeordneter Skorzak (CDU)** sieht darin eine neue Auskunft der Landesregierung; denn vor Jahren habe die Landesregierung unter Hinweis auf das auch in der Datenverarbeitung geltende Ressortprinzip ausgeführt, daß jeder Minister in seinem Ressort Zeitpunkt des Einsatzes und System der Datenverarbeitung selbst bestimme.

**Minister Einert** erwidert, er könne sich an eine so weit gezogene Ressortzuständigkeit nicht erinnern. In der Frage des Zeitpunktes der Einführung dieser Datenverkabelung seien die Ressorts relativ frei, und da er ihr einen hohen Stellenwert beimesse, sei sie in den jetzigen Haushaltsplanentwurf aufgenommen worden; hinsichtlich des Systems hielte er es allerdings für außerordentlich schlecht, wenn sich jedes Ressort für ein anderes System entschiede. Eine Arbeitsgruppe aus allen Ressorts der Landesregierung habe sich auf dieses einheitliche System verständigt.

Die vom **Abgeordneten Tschoeltsch (F.D.P.)** erbetene Erläuterung zu Titel 429 79 - Nicht aufteilbare Personalausgaben - gibt **RegAng Buchow (MWMT)**: Dieser Titel betreffe die Entsendung von Personal in die neuen Länder. Man wisse nicht im vorhinein, auf wen diese Kosten jeweils entfielen.

**Kapitel 08 020 - Allgemeine Bewilligungen**

**Abgeordneter Tschoeltsch (F.D.P.)** fragt nach den Gründen für die Verdoppelung des Ansatzes bei Titel 526 00 - Erstellung von Gutachten und wissenschaftlichen Untersuchungen -. **Minister Einert** weist darauf hin, daß es vermehrt Wünsche aus den Regionen gebe, ihnen beispielsweise im Zusammenhang mit der Truppenreduzierung mit Basisuntersuchungen zur Seite zu stehen, welche Auswirkungen dies auf ihre gesamte Regionalplanung, auf die Flächennutzungsplanung und dergleichen habe. Solche Gutachten, die die Kräfte der Regionen überstiegen, könnten nicht aus allgemeinen sonstigen strukturpolitischen Mitteln genommen werden; denn die Gutachten müßten zu einem Teil besonders ausgewiesen sein.

Bei Titelgruppe 76 - Ergänzendes Landesprogramm zur Förderung weiterer strukturwirksamer Maßnahmen - erinnert **Abgeordneter Tschoeltsch (F.D.P.)** an die vorjährige Diskussion über die Übertragbarkeit und gegenseitige Deckungsfähigkeit dieser Ausgaben; er stelle fest, daß sich am Verhalten der Landesregierung nichts geändert habe.

**Minister Einert** teilt mit, daß im Zuge der Untersuchungen über die Programmwirksamkeit Überlegungen angestellt würden, relativ nahe beieinanderliegende Programme zu einem Programm zusammenzufassen und auf diese Weise Mittel für die vorhin schon erwähnten notwendigen Begleitprogramme der Regionalpolitik für besonders betroffene Regionen freizusetzen. Dadurch erledigten sich seines Erachtens die kritischen Anmerkungen des Abgeordneten Tschoeltsch zumindest zu einem Teil von selbst.

**Kapitel 08 021 - Maßnahmen nach dem Strukturhilfegesetz**

**Abgeordneter Tschoeltsch (F.D.P.)** verweist auf die noch ausstehenden Entscheidungen des Vermittlungsausschusses und möchte wissen, ob es denkbar sei, daß bereits anfinanzierte Projekte vom Land allein weiterfinanziert würden, wenn der Bund eine weitere Beteiligung an der Finanzierung ablehne.

**Minister Einert** erwidert, er könne sich dies gut vorstellen. Allerdings sei das operationell nur bei Förderregionen möglich, während es bei den Nicht-Fördergebiete-

Ausschuß für Wirtschaft,  
Mittelstand und Technologie  
17. Sitzung

08.11.1991  
the-sz

ten Schwierigkeiten geben werde. Es sei vielleicht möglich, einen Teil der Projekte, über die bereits entschieden worden sei, in einer Art Umfinanzierung über die Sonderprogramme - Ziel-2-Regionen, Bund/Land-Programm für die Kohleregionen - zu vollenden; bei den Nicht-Fördergebieten dagegen sei er wenig optimistisch, wenn es nicht zu einem gleitenden Auslaufen des Strukturhilfegesetzes komme.

**Abgeordneter Tschoeltsch (F.D.P.)** macht darauf aufmerksam, daß er nahezu alle F.D.P.-Fraktionen auf Länderebene habe davon überzeugen können, sich dem im Finanzausschuß des Bundesrates diskutierten Vorschlag anzuschließen, nämlich die Strukturhilfemittel in 1992 in voller Höhe aufrechtzuerhalten und sie in den Jahren 1993 und 1994 auslaufen zu lassen. Er hielte es für wünschenswert, wenn auch die CDU-Landtagsfraktion in dieser Richtung aktiv würde.

**Abgeordneter Meyer (Hamm) (CDU)** bittet die Landesregierung um Information, wie sich der Stand der Beratungen aus ihrer Sicht darstelle.

**Minister Einert** legt dar, auch die Empfängerländer sähen angesichts der notwendigen Transferleistungen in die neuen Bundesländer ein, daß die Strukturhilfe nicht auf Dauer aufrechterhalten werden könne. Sie warnten nur davor, sie abrupt abzubrechen; statt dessen müsse es einen gleitenden Übergang geben. Er würde es begrüßen, wenn diese Position der großen Mehrheit der Länder auch von den Fraktionen der Landtage politisch unterstützt würde.

**Abgeordneter Meyer (Hamm) (CDU)** bittet den Minister, die Fraktionen über den Fortgang der Gespräche auf dem laufenden zu halten, damit sich die Fraktionen im Sinne der Interessen des Landes einsetzen könnten.

**Der stellv. Vorsitzende** befürchtet größte Schwierigkeiten für die betroffenen Regionen, wenn die Strukturhilfe abrupt beendet würde. Es wäre daher sehr wichtig, sie für 1992 noch fortzusetzen und dann einen sich abflachenden Übergang über einen Zeitraum von zwei bis drei Jahren zu schaffen. Deswegen wäre es außerordentlich hilfreich, wenn auch die CDU sich dafür einsetzte.

**Minister Einert** weist darauf hin, daß ein Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Aufhebung des Strukturhilfegesetzes und zur Aufstellung des "Fonds Deutsche

Ausschuß für Wirtschaft,  
Mittelstand und Technologie  
17. Sitzung

08.11.1991  
the-sz

Einheit" vorliege, der im Finanzausschuß des Bundesrat in einigen Teilen radikal geändert worden sei. Das darin enthaltene Angebot, einmalig 600 Millionen DM zusätzlich zur Verfügung zu stellen, hätten alle Länder als Zumutung empfunden. Die breite Mehrheitsposition der Länder sei: 1992 2,45 Milliarden DM, 1993 2 Milliarden DM, 1994 1,5 Milliarden DM. Mit diesen Auffassungen werde sich nun der Vermittlungsausschuß zu befassen haben.

Nach Ansicht des Abgeordneten Tschoeltsch (F.D.P.) stehen in diesem Zusammenhang vier Punkte zur Entscheidung an: 1. die Mehrwertsteuererhöhung um einen Punkt, 2. das Auslaufen des Strukturhilfegesetzes, 3. die Erhöhung des "Fonds Deutsche Einheit", 4. die Beteiligung der fünf neuen Länder am Finanzausgleich. - Minister Einert merkt an, wahrscheinlich werde auch noch die Frage hinzukommen, ob, in welcher Höhe und mit welcher Verteilung ein Fonds zum Ausgleich der durch Truppenreduzierung entstehenden Nachteile geschaffen werde.

Abgeordneter Tschoeltsch (F.D.P.) bittet um frühzeitige Beteiligung des Parlaments, wenn die Entscheidungen in Bonn gefallen seien, die ja noch Konsequenzen für den Haushalt 1992 hätten.

Im übrigen müßte darauf geachtet werden, daß, wenn beispielsweise die Strukturhilfen entfielen, daraus Mittel für Ausgleichsmaßnahmen innerhalb des Einzelplans 08 reklamiert würden.

### **Kapitel 08 030 - Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes**

Abgeordneter Meyer (Hamm) (CDU) bittet um Auskunft, was unter dem Stichwort "Qualifizierungspolitik" gegenwärtig im Lande finanziert werde.

Minister Einert drückt zunächst seine Freude darüber aus, daß das rein quantitative Ausbildungsplatzproblem überwunden sei und daß es jetzt eher mehr unbesetzte Ausbildungsplätze gebe. Deshalb würden die Programme, die seinerzeit in dem Bemühen um eine quantitative Verbesserung des Ausbildungsplatzangebots aufgelegt worden seien, radikal in Richtung null geführt.



Eine Aufgabe, um die man sich in einem bestimmten Umfang auf Dauer werde kümmern müssen, seien die Bereiche Sonderausbildungswerkstätten, Bildungsabbrecher, ausländische Jugendliche u. a.

Die reinen Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen würden gemeinsam mit dem MAGS betrieben. Gerade sei die erste Qualifizierungskonferenz in Gelsenkirchen durchgeführt worden. Mit diesen Konferenzen sollten die Regionen dazu gebracht werden, ihre Weiterbildungsträger zu einem gemeinsamen Programm auf regionaler Ebene zu bewegen. Gemeinsam mit den Kammern, den Gewerkschaften und den Weiterbildungsträgern sollten Programme auf regionaler Ebene so konzipiert werden, daß Doppelveranstaltungen und Fehlinvestitionen soweit wie möglich zurückgefahren und nach Möglichkeit ganz vermieden werden könnten.

Dafür gebe es auch in den nächsten Jahren nicht unerhebliche Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF). Wenn man alles zusammennehme, könne nach seiner Einschätzung Aus- und Weiterbildung heutzutage am angeblich fehlenden Geld nicht scheitern.

Er sehe dies insgesamt als ein sinnvolles Konzept an.

**Abgeordneter Meyer (Hamm) (CDU)** bestätigt, daß auch nach seinen eigenen Erkundungen Weiterbildung und Qualifizierung am Geld nicht scheitern werde. Er gebe nur zu bedenken, ob alles, was als Weiterbildung und Qualifizierung angeboten werde, wirklich zu einer Verbesserung der beruflichen Chancen der Teilnehmer führe. Es komme darauf an, die Weiterbildung und Qualifizierung in Zusammenarbeit mit Unternehmen und Gewerkschaften möglichst wirtschaftsnah zu gestalten, was beim Handwerk offensichtlich gut gelinge, aber in anderen Bereichen möglicherweise noch zu wünschen übrig lasse.

**Minister Einert** betont, daß es darum gehe, den betroffenen Menschen eine Chance zu geben - und nicht etwa nur den Unternehmen, die ihren wirtschaftlichen Erfolg im Blick hätten. Er wolle damit keineswegs private Initiativen, was entweder gewerbliche Unternehmen der Weiterbildung und Qualifizierung oder auch freie Träger angehe, unterbinden; aber das Ganze müsse sich in überschaubaren Bahnen vollziehen und dürfe nicht nur stattfinden, weil man Geld damit verdienen könne. Man sei dabei, auf der örtlichen Ebene mit Kammern, Gewerkschaften und Verbänden zusammenzuarbeiten, um so "die Spreu vom Weizen zu trennen".

**Ministerialdirigent Dr. Reichling (MWMT)** macht darauf aufmerksam, daß die Masse der beruflichen Weiterbildung von der Arbeitsverwaltung finanziert werde, so daß das Land damit relativ wenig zu tun habe. Hierfür würden jährlich Milliarden eingesetzt. Die Arbeitsverwaltung habe in den letzten Jahren ein Programm zur Qualitätsüberwachung, -feststellung und -verbesserung durchgeführt, was sehr kompliziert sei und einen starken wissenschaftlichen Vorlauf gebraucht habe.

Ein Großteil der Weiterbildung, die darüber hinaus stattfindet, werde von den großen Trägern, nämlich den Industrie- und Handelskammern und den Handwerkskammern, also wirtschaftsnahen Organisationen, durchgeführt. Die vom Minister dargestellten Fördermaßnahmen des Landes im investiven Bereich - und weniger im Bereich der laufenden Zuschüsse - flössen in die überbetrieblichen Ausbildungsstätten dieser großen Trägerorganisationen. Dadurch dürfte seines Erachtens die Praxisnähe gewährleistet sein.

Auf dem Weiterbildungssektor, so führt **Abgeordneter Tschoeltsch (F.D.P.)** aus, stünden die unterschiedlichsten Träger miteinander im Wettbewerb. Er habe die Sorge, daß Weiterbildungsangebote, die unter dem Gesichtspunkt der Qualifizierung als sehr gut einzustufen seien, nicht so recht zum Zuge kämen, weil sie im Wettbewerb mit Einrichtungen stünden, die möglicherweise in bezug auf die Qualifizierung gar nicht so gut seien, aber von der öffentlichen Hand gefördert würden - und der Interessent suche sich verständlicherweise das Angebot aus, bei dem er selbst am wenigsten bezahlen müsse.

Er halte es für angebracht, diesen Fragen einmal nachzugehen, um einen Überblick darüber zu erhalten, was sich auf diesem Markt eigentlich abspiele. Dabei gehe er davon aus, daß - insbesondere angesichts der Finanzprobleme der öffentlichen Hand - auch der einzelne finanziell eine Mitverantwortung für reine Weiterbildung trage.

Im übrigen müßte auch die Wirtschaft, die die Arbeitskräfte einstelle, einmal sehr genau definieren, wo sie ihre Prioritäten sehe.

**MD Dr. Reichling (MWMT)** erklärt, die Industrie- und Handelskammer Dortmund habe mitgeteilt, daß sie in ihrem Bereich mit ungefähr 120 Trägern zusammenarbeite. Sie bemühe sich auf zweierlei Weise, die Aktivitäten dieser Träger zu regeln und damit Transparenz herzustellen: Zum einen gebe es eine von der Arbeitsverwaltung schon seit längerem aufgebaute Datenbank; zum anderen hätten die Industrie- und Handelskammern auf eigene Rechnung ein zweites System aufgebaut. Auf diesem

Wege versuche man, von den 120 Trägern die erforderlichen Informationen zu bekommen.

Die Gesamtangebote regionaler Art würden seines Wissens bisher noch nicht evaluiert, was er als einen großen Mangel empfinde; denn eigentlich müßte sich zum Beispiel ein Arbeitskreis der Träger damit beschäftigen, ob das Angebot Lücken aufweise, die ausgefüllt werden müßten, oder auch Doppelangebote enthalte, die durch Koordinierung zu kostengünstigeren Angeboten vereinigt werden könnten.

Diese Aufgabe sei zwar notwendig, werde aber von den Trägern eben wegen des Wettbewerbs nur sehr zögerlich angegangen. Ein Anlaß für die schon erwähnten Qualifizierungskonferenzen sei, die Diskussion darüber in Gang zu bringen und voranzutreiben.

In Siegen beispielsweise funktioniere die Zusammenarbeit der Träger bereits ausgezeichnet. Man hoffe, im Zuge der weiteren Qualifizierungskonferenzen auf diesem Wege ein Stück voranzukommen und damit helfen zu können, das regionale Angebot effizienter an die Interessenten heranzubringen.

**Abgeordneter Skorzak (CDU)** sieht außergewöhnliche Defizite in der Förderung benachteiligter Jugendlicher, die künftig einen Schwerpunkt in der Finanzierung bilden müßten.

Nach seinem Eindruck würden sowohl vom Land als auch von der EG immer stärker Modellversuche mit überwiegend theoretisch-wissenschaftlicher Ausrichtung finanziert. Es stelle sich die Frage, was schließlich für die Qualifizierung, die Umstrukturierung und Stärkung der Wirtschaftskraft eines Raumes aus der Vielzahl solcher Modellversuche herauskomme. Er rege eine Überprüfung der Angebote an, an deren Finanzierung das Land bzw. die EG beteiligt seien. Auch aus der Erfahrung als Vorsitzender der Gesellschafterversammlung einer solchen großen Bildungseinrichtung würde er sich wünschen, daß die Programme einen stärkeren Praxisbezug aufwiesen und nicht so sehr von theoretischen Vorstellungen ausgingen, die weder für die betreffenden Arbeitnehmer/innen noch für die Wirtschaft des jeweiligen Raumes hilfreich seien.

Nach den Worten von **MD Dr. Reichling (MWMT)** wird sozialpädagogische Betreuung für bestimmte Problemgruppen in einigen Bereichen durchaus gewährt; sie sei in dem Kostenzuschuß, der meistens pro Kopf berechnet werde, enthalten. Der Pro-Kopf-Zuschuß sei sehr hoch und erreiche 20 000 DM pro Fall und Jahr. Er meine,

Ausschuß für Wirtschaft,  
Mittelstand und Technologie  
17. Sitzung

08.11.1991  
the-sz

daß in diesen reichlich dotierten Programmen auch sozialpädagogische Betreuung enthalten sein müßte. So pauschal halte er also einen solchen Vorwurf für nicht berechtigt; gegebenenfalls müßte man über Einzelfälle gesondert sprechen.

Die Modellversuche würden in ihrer Mehrzahl vom Bundesinstitut für berufliche Bildung in Berlin finanziert und durchgeführt, fielen also der Bundeskasse zur Last. Nach Aussagen der Fachleute sei eine solche Fülle von Modellversuchen notwendig, um das System lebendig und anpassungsfähig zu halten. Die Programme des Landes hätten im allgemeinen einen sehr engen Praxisbezug; hohe theoretische Ansprüche würden nicht gestellt, sondern sie seien ausweislich Seite 93 des Erläuterungsbandes Vorlage 11/780 so zugeschnitten, daß damit ganz bestimmte Zielgruppen angesprochen werden könnten. Das Land gehe bei seinen Programmen immer von eindeutig definierten und auch von den Organisationen als dringend bezeichneten Zielgruppen aus.

**Abgeordneter Rusche (SPD)** möchte wissen, welche Qualifizierungsmaßnahmen speziell für die Regionen vorgesehen seien, die vom zu erwartenden Arbeitsplatzabbau bei der Ruhrkohle betroffen würden. Er weist darauf hin, daß nach einem Bericht in der heutigen Ausgabe der Süddeutschen Zeitung die betroffenen Bergleute noch nicht einmal 30 Jahre alt seien.

Sobald die Entscheidungen in diesem speziellen Fall bei der Kohlerunde gefallen und die Zahlen und die regionalen Auswirkungen bekannt seien, so betont **Minister Einert**, werde die Qualifizierungsoffensive im Rahmen der vorhin ganz allgemein angesprochenen strukturpolitischen Begleitung einen zentralen Platz einnehmen. Dort werde man auch vorhandene Ausbildungsstätten, zum Teil möglicherweise unter Umfunktionierung in bezug auf Weiterbildungs- und Umschulungsmaßnahmen, stärker als bisher nutzen müssen. Dies sei ein wesentlicher Teil eines Strukturhilfeprogramms in den betroffenen Regionen.

Im Zusammenhang mit Titel 526 20 - Sektorale, regionale und technologieorientierte Strukturberichterstattung ... - bezieht sich **Abgeordneter Meyer (Hamm) (CDU)** auf die schriftliche Einführung in den Einzelplan 08 Vorlage 11/778. Danach seien 1991 Untersuchungsaufträge zu wirtschafts- und strukturpolitisch relevanten Fragestellungen vergeben worden, um Ausmaß und Konsequenzen des Strukturwandels im Lande Nordrhein-Westfalen besser einschätzen zu können und kontinuierlich neue Ansätze und Handlungsspielräume für die Struktur-, Beschäftigungs-, Technologie- und Berufsbildungspolitik zu gewinnen.

Er verbindet damit die Frage, ob so wesentliche Untersuchungen nicht automatisch auch den Ausschußmitgliedern zur Verfügung gestellt werden könnten.

Der **Minister** bietet an, den Ausschußmitgliedern in gewissen Zeitabständen eine themenscharfe Zusammenstellung der Untersuchungsaufträge zuzuleiten. - **Abgeordneter Meyer (Hamm) (CDU)** ist mit diesem Verfahren einverstanden, das es den Abgeordneten ermögliche nachzufragen, wenn sie sich für bestimmte Themen besonders interessierten.

**Abgeordneter Tschoeltsch (F.D.P.)** bittet zu Titel 661 10 - Schuldendiensthilfen zur Förderung ökonomischer Projekte örtlicher Beschäftigungsinitiativen - um Auskunft, was sich bewährt habe. Man habe sich schon früher darauf verständigt, daß es Ziel sein müsse, nach einer Anlaufphase sichere Arbeitsplätze zu haben.

Seine Frage zu Titel 682 10 - Zuschüsse zu den Betriebskosten der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung Nordrhein-Westfalen mbH -, wann aus dem bisher nur vorläufigen Wirtschaftsplan ein endgültiger werde, beantwortet **Minister Einert**: Der Wirtschaftsplan könne jeweils nur vorläufig sein, weil die GfW die Haushaltsberatungen des Parlaments abwarten müsse; wenn der Haushaltsplanentwurf so verabschiedet werde, werde aus dem vorläufigen Wirtschaftsplan der endgültige.

**Abgeordneter Tschoeltsch (F.D.P.)** erkundigt sich ferner, was aus dem Titel 684 10 - Zuschuß an das Deutsche Aktieninstitut e. V., Düsseldorf - gefördert werde. **RegAng Buchow (MWMT)** weist darauf hin, daß 1992 die Internationale Aktionärsmesse in Düsseldorf stattfinde, die in der Vergangenheit auf großes Interesse der Bevölkerung gestoßen sei. Dort würden auch Tips für das Sparen und den Umgang mit Aktien gegeben. Nach Ansicht des Ministeriums sollte der Finanz- und Börsenplatz Düsseldorf dem Land so viel wert sein, sich an der Finanzierung dieser Messe zu beteiligen.

**Abgeordneter Tschoeltsch (F.D.P.)** bittet schließlich um eine Übersicht über die bisher aus Titel 685 19 - Beratungshilfen für Arbeitnehmerinitiativen zur Fortführung von Stilllegung bedrohter Betriebe - geförderten Maßnahmen.

**Minister Einert** hält es für richtig, in Gefahr geratenen Betrieben im Einzelfall mit einem Gutachten oder einer Beratung durch einen seriösen Wirtschaftsprüfer zu

helfen. Gegenwärtig geschehe dies im Bereich der Bergbauzulieferer. Wenn die Ergebnisse der Überprüfung durch einen Wirtschaftsprüfer vorlägen, ließen die Arbeitnehmer häufig von ihrem Vorhaben ab. Er sehe den relativ geringen Ansatz dafür als gerechtfertigt an; denn man müsse Verständnis dafür haben, daß Arbeitnehmer bei der drohenden Auflösung eines Betriebs, in dem sie jahrelang beschäftigt gewesen seien, mit allen Mitteln versuchten, dem entgegenzuwirken. - Ähnliches gelte auch für die örtlichen Beschäftigungsinitiativen.

**Abgeordneter Tschoeltsch (F.D.P.)** regt an, sich zu gegebener Zeit Gedanken über eine Neuordnung des Konkursverfahrens zu machen. Er gibt zu bedenken, daß das, was als Schutz gegenüber den Arbeitnehmern gedacht gewesen sei, einen möglichen Investor dazu veranlassen könne, den endgültigen Zusammenbruch eines Betriebes abzuwarten, um zum Beispiel nicht durch Sozialpläne in Anspruch genommen zu werden. Möglicherweise könnte man durch eine Änderung des entsprechenden Paragraphen für die Arbeitnehmerschaft mehr erreichen.

**MD Dr. Reichling (MWMT)** macht deutlich, daß es sich dabei um ein schwieriges Gebiet handele, das man nicht mit wenigen Sätzen abtun könne, sondern das einer ausführlichen Diskussion im Gesamtzusammenhang bedürfe.

**Abgeordneter Skorzak (CDU)** schließt sich den Ausführungen des Abgeordneten Tschoeltsch (F.D.P.) an: Niemand übernehme einen in Schwierigkeiten geratenen Betrieb, wenn er gezwungen sei, weite Teile der Belegschaft zu übernehmen und für Sozialpläne aufzukommen. Und wenn der Betrieb ein halbes Jahr stillgelegt habe, seien zumindest die brauchbarsten Arbeitskräfte schon anderswo untergekommen, stünden also für diesen Betrieb nicht mehr zur Verfügung.

**Abgeordneter Stüber (SPD)** rät ebenfalls dazu, dieses Thema, das insbesondere auch in den neuen Ländern bei der Privatisierung vieler Betriebe durch die Treuhand eine Rolle spiele, zu gegebener Zeit sehr sorgfältig zu behandeln. Derjenige, der einen solchen Betrieb übernehme, trete nur in bestehende rechtliche Verträge ein, die zuvor zum Beispiel unter den Tarifpartnern einwandfrei ausgehandelt worden seien. Man dürfe den Schutz der betroffenen Belegschaften bei einer Übernahme durch einen Investor nicht leichtfertig aufs Spiel setzen.

Er kündigt an, daß seine Fraktion eine stärkere Zusammenfassung der verschiedenen Zuschüsse im Beratungswesen - Titel 685 11 bis Titel 685 15 - wie auch bei den

Technologieprogrammen und im Bereich Energie zur Sprache bringen werde, und zwar mit dem Ziel, stärkere Transparenz herzustellen und die Mittel effektiver einsetzen zu können.

**Abgeordneter Skorzak (CDU)** erinnert daran, daß der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung die Förderung des Tourismus als einen Schwerpunkt der künftigen Arbeit der Landesregierung herausgestellt habe, wohingegen der Haushaltsansatz 1992 bei Titel 685 11 - Zuschüsse für Maßnahmen zur Förderung des Fremdenverkehrs - gegenüber dem Ist 1990 nur eine unwesentliche Steigerung aufweise.

**Minister Einert** hält dem entgegen, daß er angesichts der finanziellen Situation ganz zufrieden damit sei, wenn die bisherigen Ansätze in etwa gleicher Höhe fortgeschrieben werden könnten.

**Abgeordneter Skorzak (CDU)** ist der Meinung, daß man sich gerade bei knappen Mitteln stärker auf zukunftssträchtige Bereiche konzentrieren und dort Schwerpunkte setzen sollte, wo immer mehr Menschen Beschäftigung fänden.

Unter Hinweis darauf, daß der Tourismus ein Markt mit erheblichen Zuwachsraten und dementsprechend steigenden Einnahmen und Gewinnen sei, macht **Minister Einert** geltend, daß hier nach seiner Auffassung eher privates Unternehmertum und Eigeninitiativen und weniger staatliche Unterstützungen gefragt seien. Der zur Diskussion stehende Titel diene ohnehin nur der Schaffung von Anreizen für die Verbände in bezug auf Werbemaßnahmen und dergleichen und nicht etwa dazu, private Investitionen anzuregen.

Unter Bezugnahme auf den Diskussionsbeitrag des Abgeordneten Stüber (SPD) fragt **Abgeordneter Meyer (Hamm) (CDU)**, ob schon Ergebnisse der Programmwirksamkeitskommission vorlägen und auf welche Weise die Abgeordneten Informationen darüber erhalten könnten.

Der **Minister** weist darauf hin, daß diese Kommission ihre Arbeit noch nicht abgeschlossen habe. Er sei durchaus bereit, über den Inhalt von Programmen, die zum Teil schon über Jahre liefen, zu diskutieren, sie an der einen Stelle zusammenzustreichen und an der anderen Stelle zu verstärken; er sehe aber die Diskussion über die

Ausschuß für Wirtschaft,  
Mittelstand und Technologie  
17. Sitzung

08.11.1991  
the-sz

Programmwirksamkeit weniger unter dem Aspekt des "Geldeinsammelns", wie es für den Finanzminister natürlich legitim sei.

Einen Teil der Diskussion über die Programmwirksamkeit werde man schon vorwegnehmen müssen, wenn es darum gehe, Gelder freizusetzen, um sie als neue Strukturhilfen für bestimmte Regionen einsetzen zu können.

**Abgeordneter Tschoeltsch (F.D.P.)** bittet um Auskunft, ob der erheblichen Ansatzreduzierung bei Titelgruppe 65 - Finanzhilfen für die Sicherung von Arbeitsplätzen in Wirtschaftsunternehmen und freiberuflichen Praxen - eine bewußte Umsteuerung zugrunde liege oder ob die Konjunktur so gut sei, daß man weniger Geld benötige.

**MD Thomalla (MWMT)** stellt zunächst fest, daß dieses Programm eingerichtet worden sei, um beim Auffangen schlechter Konjunkturverläufe zu helfen. Gegenwärtig lägen die Zusagen aus diesem Programm bei 300 000 DM, was ein Zeichen dafür sei, daß es relativ wenig nachgefragt werde. Die Landesregierung habe daraus für 1992 die Konsequenzen gezogen.

In der augenblicklichen Situation sei zu beobachten, daß ein anderes Instrument von seiten der Unternehmen nachgefragt werde, das der gleichen Zielrichtung diene und eine gewisse Ausgleichsfunktion wahrnehmen könne: die Bürgschaften.

**Abgeordneter Meyer (Hamm) (CDU)** geht auf die Titelgruppe 69 - Finanzierungshilfen zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (Landesaufgabe) - ein, wozu es in der schriftlichen Einführung in den Einzelplan 08 heiße, daß 1992 für die Landesaufgabe vorgesehen sei, "die Förderung neuer gewerblicher Investitionsvorhaben von einer Zuschußförderung auf eine Förderung durch zinsgünstige Kredite umzustellen". Er sehe darin einen ersten Schritt in die Richtung, die der Minister vorhin dargestellt habe: weg von der Einzelförderung und hin zur Förderung der Infrastruktur.

Er habe vorhin, so betont der **Minister**, die Tendenz deutlich gemacht, schließe aber zum Beispiel im Rahmen der Technologieprogramme die eine oder andere unternehmensbezogene Projektförderung nicht aus. Denn wenn man nicht hin und wieder gerade kleinen und mittleren Unternehmen ein Stück des Anfangsrisikos abnehme, verhindere man damit Innovationsschübe bei Produktentwicklungen und Entwicklungen von Produktionsverfahren. Dies müsse sorgfältig abgewogen werden. Die



Tendenz aber laufe darauf hinaus - und vor dem Hintergrund der finanziellen Situation bleibe auch gar nichts anderes übrig -, die direkte Unternehmenssubventionierung noch etwas weiter abzubauen und statt dessen die Rahmenbedingungen zu verbessern.

Einen Teil wolle man auch noch über Plafondregelungen abfedern; denn direkte Zuschüsse seien in der Finanzabwicklung ungünstiger als etwa Zinssubventionen. Dies gelte ganz allgemein für solche Förderprogramme.

**Abgeordneter Stüber (SPD)** bittet die Opposition darum, das, was sie hier sage, auch nach außen hin zu vertreten. Und er hoffe, daß das, was Abgeordneter Püll (CDU) in einer Kleinen Anfrage für das Handwerk beklagt habe, inzwischen ausgestanden sei. Es gehe nicht an, sich hier auf einer gemeinsamen politischen Linie zu bewegen, sich aber im konkreten Einzelfall anders zu verhalten.

**Abgeordneter Meyer (Hamm) (CDU)** hält es für ganz selbstverständlich und normal, daß sich Abgeordnete für die Betriebe vor Ort einsetzen, solange das Wirtschaftsministerium Einzelunternehmen bezuschusse. Wenn die Beschlußlage eine Einzelbezuschussung nicht mehr zuließe, würde dies von heute auf morgen aufhören.

**Minister Einert** warnt davor, quasi per Gesetz anordnen zu wollen, daß es rigoros nirgendwo mehr einen Zuschuß zum Beispiel für Verlagerungs- oder Ansiedlungsmaßnahmen geben dürfe. Er macht darauf aufmerksam, welche Anstrengungen hin und wieder - teilweise auch im Wettbewerb mit anderen Bundesländern - unternommen werden müßten, um bestimmte Ansiedlungsvorhaben zu realisieren. Er könne sich gut die Reaktionen vorstellen, wenn eine solche Ansiedlung - zumal in einem wirtschaftsschwachen Raum - nur daran scheiterte, daß das Land einen solchen Zuschuß und damit eine direkte Förderung verweigerte. Es könne seines Erachtens nur darum gehen, die Tendenz - nämlich weg von der Einzelförderung - festzulegen.

Im Zusammenhang mit Titelgruppe 66 - Verbraucheraufklärung, Verbraucherberatung, Verbraucherschutz - verweist **Abgeordneter Stüber (SPD)** auf die Absicht des Bundes, sich aus der Mitfinanzierung zurückzuziehen, wogegen sich alle Bundesländer ausgesprochen hätten. Er bittet alle Fraktionen, sich in Bonn für eine Fortsetzung der Mitfinanzierung durch den Bund einzusetzen.

**Minister Einert** betont, daß der Bundesrat einen einmütigen Beschluß gefaßt habe, der Bund solle sich weiterhin an der Finanzierung beteiligen. Auf keinen Fall könne das Land einspringen, wenn Bundesmittel ausfielen. Da Verbraucherpolitik zu einem Teil auch Bundesaufgabe sei, wäre es hilfreich, wenn der Bund wenigstens die Beträge weiterhin zahlte, die er bisher gegeben habe. Das Verhältnis von Landeszuschüssen zu Bundeszuschüssen liege in Nordrhein-Westfalen bei etwa 90 : 10; in anderen Ländern mache der Bundesanteil über 30 % und in einem Fall sogar 50 % aus.

**Abgeordneter Meyer (Hamm) (CDU)** stellt fest, durch die Förderprogramme ziehe sich das Thema "Aufbereitung von Industriebrachen". Er bittet das Ministerium um eine Aufstellung, welche Positionen in den einzelnen Programmen - Resider, Rechar, Ziel-2-Gebiete - sich mit dieser Problematik befaßten.

**MD Thomalla (MWMT)** weist darauf hin, daß bei den EG-Programm die einzelnen Programmteile übersichtlich dargestellt und auch die für die Aufbereitung von Industriebrachen vorgesehenen Ansätze beziffert seien.

Die regionale Wirtschaftsförderung sei nicht in dieser Weise in einzelnen Programnteilen dargestellt, sondern die Bewilligung richte sich nach den eingehenden Anträgen. Er werde dem Ausschuß eine Liste der bereits bewilligten Vorhaben zukommen lassen.

**Abgeordneter Tschoeltsch (F.D.P.)** spricht die im Zusammenhang mit der Verlagerung des Regierungssitzes nach Berlin geschaffene Bonn-Kommission an und möchte wissen, ob es schon irgendwelche Vorstellungen über die Abgrenzung der zu fördernden Region Bonn und über die Art der Förderung gebe.

Der **Minister** verneint die Frage. Ob und in welchem Umfang das Land sich finanziell engagieren müsse, könne erst entschieden werden, wenn der Bund klargemacht habe, welche Einrichtungen bzw. Teile von Einrichtungen nach Berlin verlegt und welche Alternativen für Bonn vorgesehen würden. Zudem gebe es noch völlig unterschiedliche Auffassungen über die Abgrenzung der Region, die unter anderem so weit reichen, die Großregion Köln/Bonn in Betracht zu ziehen.

**Kapitel 08 040 - Technologieprogramm Nordrhein-Westfalen und rationelle Energieverwendung**

Zu Titelgruppe 71 - Technologieprogramm Energie - bittet **Abgeordneter Meyer (Hamm) (CDU)** um eine Information über den Entwicklungsstand des kombinierten Gas- und Dampfturbinenkraftwerks in Duisburg.

**MD Thomalla (MWMT)** führt aus, zu dem bei den Stadtwerken Duisburg in Planung befindlichen GuD-Kraftwerk gebe es noch keinen Baubeschluß. Die Stadtwerke hätten sich eigens ein Gutachten über die Wirtschaftlichkeit eines solchen Kraftwerks erstellen lassen, das mit 260 Megawatt (elektrisch) und einem Bauvolumen von rund 600 Millionen DM geplant sei. Den Inhalt dieses Gutachtens der Wibera kenne er noch nicht.

Im Vorstand der Stadtwerke sei bisher kein Beschluß für ein solches Kraftwerk gefallen. Gegenwärtig sehe es so aus, als ob kurz- bis mittelfristig kein Bedarf für die Abnahme einer solchen Leistung bestehe, obwohl man dieses Kraftwerk im Energieverbund mit den Krupp-Stahlwerken plane, so daß also auch Abwärmenutzung vorgesehen sei.

Die Landesregierung habe im Haushalt Vorsorge für den Fall getroffen, daß eine entsprechende Bauentscheidung des Unternehmens fallen würde; auch Verpflichtungsermächtigungen für die kommenden Jahre seien vorgesehen. Das Land führe auch Gespräche mit dem Bundesforschungsminister, der sich ebenfalls dafür ausgesprochen habe, ein solches Kraftwerk mit öffentlichen Mitteln zu bezuschussen.

Die Vorstellungen über die Höhe der für die Errichtung des Kraftwerks notwendigen öffentlichen Mittel gingen weit auseinander. Das Unternehmen gehe von einer Beteiligung der öffentlichen Hand in Höhe von 50 % aus, was er für ganz unwahrscheinlich halte. Zur Debatte stünden im übrigen auch Mittel aus der EG, für die es allerdings auch eine Reihe von Bewerbern aus anderen Staaten gebe. - Insgesamt gesehen sei das Projekt also noch völlig offen.

Diese Darstellung, so stellt **Abgeordneter Meyer (Hamm) (CDU)** fest, unterscheide sich nicht von dem Sachstand der letzten vier Jahre, entspreche aber nicht der Aussage im Einführungsbericht auf Seite 67:

Der ... Ansatz ... beruht darauf, daß sich die Realisierung des vorgesehenen Zukunftskohlekraftwerks im Raum Duisburg allmählich so weit konkretisiert hat, daß der Beginn des Projektes im Laufe des Haushaltsjahres 1992 immer wahrscheinlicher wird.

Er halte es mit Blick auf die Zukunft der Kohle und mit Blick auf die Kohlekraftwerkstechnologie für in höchstem Maße bedenklich, wenn Nordrhein-Westfalen zusehe, wie sich Dänemark und Spanien intensiv um die Errichtung eines solchen Kraftwerks bemühten. Man dürfe sich auch nicht damit abfinden, daß die betreffenden Firmen davon ausgingen, ein solches Projekt eher in Spanien als im Ruhrgebiet verwirklichen zu können.

Bei einer solchen Technologie, die für Nordrhein-Westfalen Anfang des nächsten Jahrhunderts von ganz entscheidender Bedeutung sein werde, müsse die öffentliche Hand seiner Meinung nach auch einmal bereit sein, sogar einen 50%igen Anteil an der Finanzierung zu übernehmen. Er biete für seine Fraktion an, sich auch beim Bund dafür einzusetzen, daß er einen ebenso hohen Anteil wie das Land Nordrhein-Westfalen trage.

Er sehe die Gefahr, daß man andernfalls im Jahre 2005 alte Kraftwerke ersetzen müsse und es dann keine Kraftwerke mit höheren Wirkungsgraden geben werde - mit den bekannten Konsequenzen für die Umwelt.

Abgeordneter von Unger (CDU) gibt zu bedenken, daß Stadtwerke wegen ihrer Unterkapitalisierung immer einen Grund hätten, ein so großes Projekt abzulehnen. Eine solche elektrische Leistung bedeute für die Stadtwerke Duisburg immerhin einen ganz enormen Kapazitätssprung.

Er rege die Gründung einer Gesellschaft an, der die Stadtwerke Duisburg als einer von mehreren Gesellschaftern angehören sollten. Man könnte auch an die Beteiligung eines "Stromriesen" denken, für den eine solche Zusatzleistung nicht von besonderem Gewicht sei. Ein solcher Weg scheine ihm eher erfolgversprechend zu sein.

Der Ausschuß schließt sich dem Vorschlag des stellvertretenden Vorsitzenden an, das Thema "GuD-Kraftwerksprojekt Stadtwerke Duisburg" als gesonderten Beratungspunkt in die Tagesordnung der nächsten Sitzung aufzunehmen, und bittet das Ministerium um rechtzeitige Zuleitung eines schriftlichen Sachstandsberichts.

Bei Titelgruppe 87 - Förderung der rationellen Energieverwendung und Nutzung unerschöpflicher Energiequellen - erkundigt sich **Abgeordneter Skorzak (CDU)**, inwieweit Informationen zuträfen, daß der Etatansatz 1991 bei weitem nicht ausreiche, allen Anträgen zu entsprechen.

Die Nachfrage nach diesem Programm ist nach den Worten von **MD Dr. Sohn (MWMT)** gegenüber den Vorjahren außerordentlich stark angestiegen. Allein von Januar bis September dieses Jahres seien rund 8 000 Anträge beim Landesoberbergamt in Dortmund eingegangen.

Dieser außerordentlich hohe Antragszugang habe einen entsprechend höheren Verwaltungsaufwand beim Landesoberbergamt verursacht, der zu einem Antragsstau geführt habe, was wiederum zur Folge gehabt habe, daß die Anträge nicht so zeitgerecht hätten bearbeitet werden können, wie die Antragsteller dies zu Recht erwarteten.

Inzwischen zeichne sich durch die Änderung der Richtlinien eine Entspannung ab. Ein Fördertatbestand, nämlich die Förderung von Brennwärtekesseln, sei aus einer Anzahl von tragfähigen Gründen aus der Förderung herausgenommen worden, so daß der Antragsstau jetzt Zug um Zug abgebaut werde. Die Finanzierung der vorliegenden Anträge sei sichergestellt.

Im Zusammenhang mit Titelgruppe 88 - Förderung der direkten Kohleverwendung im Wärmemarkt - fragt **Abgeordneter Meyer (Hamm) (CDU)**, ob die Förderung der unter Umweltgesichtspunkten nicht unproblematischen direkten Kohleverwendung im Wärmemarkt weiterhin zu vertreten sei.

**MD Dr. Sohn (MWMT)** erinnert daran, daß die Förderung der direkten Kohleverwendung im Wärmemarkt zum Ziel gehabt habe, in einem in der Tat nicht mehr sehr großen Absatzbereich der Steinkohle Unterstützung dadurch zu gewähren, daß insbesondere Demonstrationsprojekte gefördert worden seien. Er räume ein, daß der Erfolg dieses Programms nicht besonders groß gewesen sei. Deswegen werde auch die vom Abgeordneten Meyer gestellte Frage zu prüfen sein.

**Abgeordneter Stüber (SPD)** fügt hinzu, daß aus dieser Titelgruppe bediener- und umweltfreundliche Formen von Heizung gefördert worden seien. Der Zuspruch sei jedoch äußerst gering, weswegen seine Fraktion auch für die Einstellung der Förderung plädiere. Es mache keinen Sinn, irgendwelche kleinen Demonstrationsmodelle

Ausschuß für Wirtschaft,  
Mittelstand und Technologie  
17. Sitzung

08.11.1991  
the-sz

für die Verwendung von Kohle zu finanzieren, wenn Kommunen ganz anderen Vorstellungen folgten und beispielsweise ihre gesamte Versorgung auf Gas umstellten.

Er wiederholt seinen im Laufe der Sitzung schon einmal angesprochenen Vorschlag einer Konzentration im Bereich der Technologieprogramme "Energie".

**Abgeordneter Meyer (Hamm) (CDU)** räumt ein, daß die Modelle wohl bedienerfreundlich gewesen seien; umweltfreundlich aber seien sie allesamt nicht gewesen.

**Abgeordneter Stüber (SPD)** widerspricht mit dem Hinweis auf die Sportschule Hennef, in der seinerzeit eine Wirbelschichtfeuerung eingeführt worden sei, mit der es gelungen sei, die Emissionen zu mindern. Die beteiligten Ausschüsse - Ausschuß für Kommunalpolitik, Innenausschuß, Umweltausschuß, Wirtschaftsausschuß - seien übereinstimmend der Auffassung gewesen, daß es sinnvoll sei, sich auf diesem Feld verstärkt zu engagieren. Man habe eine gemeinsame Kampagne gestartet. Das Ergebnis aber sei zugegebenermaßen gleich Null.

**Abgeordneter Meyer (Hamm) (CDU)** gibt zu bedenken, daß diese Art von Feuerung wohl im Vergleich zu den bisherigen Kohleöfen umweltfreundlich sei; im Vergleich zur Gasheizung aber sei diese Art von Feuerung von ihren Umweltauswirkungen her geradezu katastrophal.

Er erkundigt sich sodann nach den Vorstellungen der Landesregierung bezüglich der Energieagentur. Nach seinen Informationen lägen so viele Anträge vor, daß man sie mit vier Mitarbeitern nicht bewältigen könne. Die Agentur müßte daher entweder ausgebaut oder ganz eingestellt werden; in ihrer jetzigen Form aber sei sie als "Feigenblattaktion" zu betrachten.

**MD Dr. Sohn (MWMT)** weist darauf hin, daß die Energieagentur ein Pilotprojekt sei, zu dem die Landesregierung von Anfang an gesagt habe, daß sie eine Überprüfung der Konzeption zu gegebener Zeit für geboten halte.

Es handele sich dabei um eine Beratungsagentur. Insofern gebe es dort keine Anträge im eigentlichen Sinne, weil auch keine Bewilligungen ausgesprochen würden. Inzwischen seien sechs Mitarbeiter in der Agentur tätig. In der Tat sei irgendwann die Frage zu stellen, ob sich die Institution bewährt habe und in welcher Richtung man die Akzente setzen sollte.

Was die "Feigenblattaktion" betreffe, so sei von Anfang beabsichtigt gewesen, die Energieagentur in eine Vielzahl von schon vorhandenen oder noch zu schaffenden Energieagenturen im Lande einzubinden. So gebe es die Energieagentur der Westfälischen Ferngas und die Energieagentur Ruhr, die die Stadtwerke Dortmund, Essen, Bochum und Duisburg gegründet hätten.

Zwischen diesen regionalen oder lokalen Agenturen einerseits und der Energieagentur des Landes andererseits sei eine Arbeitsteilung verabredet worden. Aus Sicht der Landesregierung sei von Beginn an klargewesen, daß die Energieagentur in Wuppertal nicht allein landesweit den Bedarf an Beratung für Kommunen oder kleine und mittlere Unternehmen abdecken könne. Die Landesregierung spreche von einem "Netzwerkkonzept" und werde zu gegebener Zeit darüber berichten.

**Abgeordneter Stüber (SPD)** schlägt vor, Mitte des nächsten Jahres anhand eines dann zu erstattenden Erfahrungsberichts hierüber zu beraten. Seine Fraktion tendiere dahin, die Energieagentur verstärkt finanziell zu fördern und sie mit mehr Personal auszustatten, da der Beratungsbedarf offensichtlich sehr groß sei. Überlegenswert sei auch eine Erweiterung der Aufgabenstellung, Stichwort: Energie-Contracting, was gerade für den mittelständischen Bereich sehr interessant werden könnte.

Zu den weiteren Kapiteln des Einzelplans 08 ergeben sich **keine Wortmeldungen**.  
- Der **stellv. Vorsitzende** bittet abschließend die Fraktionen, rechtzeitig vor der Antragssitzung am 27. November 1991 die Anträge untereinander auszutauschen.

gez. Mernizka  
Stellv. Vorsitzender

11.02.1992/11.02.1992